

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

43. Jahrgang / 8

13. August 1988

Hans Urbaniak MdB zur verfehlten Stahlpolitik der Bundesregierung: Rheinhausen wird keine Ruhe geben.

Seite 1

Alwin Brück MdB zur Bonner EG-Präsidentschaft: Vor großen Taten? Zweifel sind angebracht!

Seite 3

Dr. Heidi Strelitz MdL zu Chancen und Risiken der Gentechnik: Keine Forschung ohne Grenzen und um jeden Preis.

Seite 4

Dr. Wilhelm Nöbel MdB und Professor Dr. Ulrich Gottstein (IPPNW) zu den Katastrophen-Plänen des Innenministers: Zimmermann betreibt Irreführung der Öffentlichkeit.

Seite 6

Rheinhausen wird keine Ruhe geben

Die SPD steht hinter den Stahlarbeitern

Von Hans Urbaniak MdB  
Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Die verfehlte Stahlpolitik, die diese Bundesregierung schon seit Jahren im eigenen Land und in Brüssel treibt, hat nach Hattingen mit der dramatischen Situation in Rheinhausen einen neuen vorläufigen traurigen Höhepunkt erreicht. Nicht genug damit, daß sich die Politiker anderer EG-Staaten in Brüssel schon lange über die nachgiebige Haltung und den voraussetzenden Gehorsam von Bundeswirtschaftsminister Bangemann zum Thema „Stilllegung und Quoten in der deutschen Stahlindustrie“ wundern. Auch die Arbeitnehmer im eigenen Land mußten in den letzten Wochen erleben, wie sie von Herrn Bangemann im Stich gelassen werden.

Wie soll man einem Bundeswirtschaftsminister noch seine Verantwortung glauben, wenn er ohne je mit dem Betriebsrat des bedrohten Werkes in Rheinhausen gesprochen zu haben, erklärt, das Stahlwerk sei nicht zu halten. Damit ist er ungefragt all denen in den Rücken gefallen, die versuchen, das Schlimmste zu verhindern und eine akzeptable Lösung zu finden. Statt dessen hat er sich zum Steigbügelhalter für diejenigen gemacht, die in unverantwortlicher Weise einen ganzen Stahlstandort dem Untergang preisgeben wollen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung zur  
mit wertvollen  
Anzahlungen



Hier wird von einer Region gesprochen, als ob es sich um einen aus der Mode gekommenen Anzug handelt, den man ohne Bedauern in die Kleidersammlung gibt. Bei dieser Einstellung des Bundeswirtschaftsministers und es ist davon auszugehen, daß er nicht der einzige ist, der in dieser Bundesregierung so denkt, fragt man sich, was die Stahlrunde Mitte Februar beim Bundeskanzler eigentlich noch soll.

Die Arbeitnehmer in Rheinhausen haben ein Recht darauf, daß sich der Bundeswirtschaftsminister und diese Bundesregierung für sie stark macht. Das fängt damit an, daß die Verantwortlichen bei Krupp an ihre gesellschaftspolitischen Pflichten erinnert werden und das setzt sich in Brüssel fort, wo der Bundeswirtschaftsminister endlich und mit Nachdruck die deutschen Interessen zu vertreten hat.

Dazu gehört unter anderem die Sicherung und Verlängerung der Quotenregelung auf drei Jahre. Sollte das nicht möglich sein, so muß die deutsche Stahlindustrie endlich die gleichen finanziellen Unterstützungen erhalten, die ihre Konkurrenzunternehmen in den anderen EG-Staaten schon seit Jahren bekommen.

Rheinhausen mit seinen Arbeitnehmern und deren Familien wird dieser Bundesregierung keine Ruhe geben, und das ist gut so. Die volle Unterstützung der SPD ist ihnen sicher.

(-/13.1.1988/rs/ks)

\* \* \*



**Vor großen Taten? Zweifel sind angebracht!**

**Zur Bonner EG-Präsidentschaft**

Von Alwin Brück MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Fragen der Europäischen Gemeinschaft

Am 1. Januar dieses Jahres, in dem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ihren 30. Geburtstag feiert, hat die Bundesregierung turnusgemäß die EG-Ratspräsidentschaft für ein halbes Jahr übernommen. Folgt man den öffentlichen Bekundungen des Bundeskanzlers, dann scheinen sich große Taten anzukündigen. Auf seiner ersten Pressekonferenz dieses Jahres sagte er mit dem Brustton der Überzeugung, daß er bereits jetzt mit einer Lösung der EG-Agrar- und Finanzprobleme rechne. Ein allseits kompromißfähiges Reformpaket würde beim Sondergipfel im Februar in Brüssel für den Erfolg sorgen.

Wir Sozialdemokraten hoffen, er behält recht. Wir hoffen es im Interesse Europas. Aber Zweifel sind nicht nur erlaubt, sondern auch angebracht. Und bei den anderen EG-Mitgliedsstaaten herrscht bereits Verwunderung über den Zweckoptimismus der bei den letzten Gipfeln als Reformbremsler auftretenden Bundesregierung. Deren Erwartungshaltung ist groß. Bundeskanzler Kohl wird sich am Ende seiner Präsidentschaft am Erfolg messen lassen müssen.

Zur Eindämmung der Agrarkosten wird Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle nicht um die von ihm bisher abgelehnte Senkung der Erzeugerpreise herumkommen. Sein Patentrezept der Flächenstilllegung wird da sicher nicht ausreichen.

Erfolge auf dem Weg zum europäischen Binnenmarkt werden sich nur einstellen lassen, wenn die Verdoppelung der Brüsseler Finanzhilfe für die ärmeren Mitgliedsstaaten verwirklicht ist. Dies wird ohne zusätzliche Finanzen für die EG-Kassen unmöglich sein. Angesichts einer völlig verkorksten Steuerreform im eigenen Land, eines schwachen Dollarkurses, erheblichen Einbußen im Exportgeschäft und einer zurückgehenden Konjunktur, ist dies eine nicht einfach zu lösende Aufgabe für den Finanzminister.

Die Bundesregierung hätte sich diesen hektischen Aktionismus sparen können, wenn sie sich früher zu einer grundlegenden Korrektur ihrer verfehlten EG-Politik entschlossen hätte. Eine stärker marktorientierte Preispolitik bei entsprechendem sozialem Ausgleich für die Betroffenen in den bäuerlichen Unternehmen hätte bereits vor langer Zeit das Brüsseler Finanzchaos vermeiden helfen können.

Marktorientierte Öffnung im Agrarbereich, Abbau der Finanzprobleme, mehr parlamentarische Demokratie im Brüsseler Entscheidungsprozeß und eine Konzentration auf Dinge mit wirklich europäischer Dimension - das sind seit Jahren die Forderungen der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Es wäre gut, die Bundesregierung dächte darüber einmal nach.

(-/13.1.1988/rs/ks)

\* \* \*

**Es darf keine Forschung ohne Grenzen und um jeden Preis geben**

**Zu Chancen und Risiken der Gentechnik**

Von Dr. Heidi Streletz MdL

Bundenvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Die Chemie-Industrie ist im Umbruch. Die herkömmlichen Methoden werden in absehbarer Zeit abgelöst von gentechnischen Produktionsabläufen. Darin steckt die Chance, mit weniger Rohstoffen auszukommen, mit weniger Energieverbrauch und auch weniger chemische Endprodukte als Abfall zu produzieren. Darin stecken enorme Chancen, auch unter energie- und umweltpolitischen Gesichtspunkten.

Darüber jedoch darf nicht verkannt werden, daß es auch Risiken geben kann, deren Dimension heute noch nicht voll überschaubar sind. Wir wissen noch sehr wenig über das Verhalten von genetisch veränderten Lebewesen in der Natur. Die bisher gemachten Erfahrungen erstrecken sich auf für jeden Menschen erkennbare Bereiche, zum Beispiel die Folgewirkungen des Doppel-Null-Rapses, die Verbreitung der afrikanischen Killerbienen in Amerika oder die Folgen der Aussetzung von Kaninchen in Australien. Viel schwieriger zu erkennen und danach zu steuern wäre zum Beispiel die Freisetzung von manipulierten Mikroorganismen in der Natur, die selbst, auch in veränderter Struktur bis hin zum Einwandern von einzelnen DNS-Ketten in andere Lebewesen erhebliche ökologische Veränderungen hervorrufen können.

Die Aids-Forschung liefert auf dem Gebiet der DNS- (und RNS-)Veränderungen erste Erkenntnisse. Geklonte Pflanzen, Pflanzen mit besonderen gentechnisch und künstlich produzierten Eigenschaften sind in ihrer Einbindung in ökologische Gleichgewichte noch nicht überschaubar und einschätzbar. Hinzu kommt, daß die Frage wirtschaftlichen Nutzens andere Prioritäten setzt als ökologische Bedenken. Gerade wenn man zu neuen technologischen Methoden keine generelle Ablehnung fordert, ist es umso wichtiger, den Einstieg und die wirtschaftliche Anwendung mit der größtmöglichen Sicherheit zu versehen, im Interesse des gesamten Lebens auf dieser Erde.

Es hat lange gedauert, bis die chemische Industrie bereit war, Umweltschutz zu praktizieren. Es geschehen noch immer erhebliche Unfälle, obwohl man die Technik angeblich beherrscht. Die jüngsten Vorkommnisse mit der Lagerung hochgiftigen atomaren Abfalls durch eine Hanauer Firma hat zu deren vorläufiger Schließung geführt. Was mit dem verseuchten Müll geschieht, von der Molke bis zu den belgischen Fässern, dafür sind noch keine Entsorgungstechnologien entwickelt worden.



Beim Einstieg in gentechnische Produktionen muß aus diesen Erfahrungen vor dem Beginn geklärt sein, welche Risiken es nach heutigem Wissensstand gibt, wie man sie vermeiden kann und auch, wie man eventuellen Unfällen begegnen kann.

Die ASF fordert gerade auch, wenn man keine pauschale Ablehnung will, wenigstens für die Freisetzung gentechnisch veränderter Mikroorganismen ein fünfjähriges Moratorium, analog den Forderungen der Enquête-Kommission „Gentechnologie“ des Deutschen Bundestages, hohe Sicherheitsgarantien bis hin zur Gewährleistungshaftung für Anwender und eine ständige Fortschreibung der Erkenntnisse in Bezug auf Risiken und deren Eindämmung.

Es bleibt zu hoffen, daß der Deutsche Bundestag unter dem Druck der Industrie, die Gewehr bei Fuß steht, nicht eigene Erkenntnisse über notwendige Eingrenzungen und Regelungen der Anwendung über Bord wirft.

Die gesellschaftliche Diskussion verläuft über fast alle Gruppen hinweg in die Richtung von Eingrenzung, mehr Sicherheit, mehr Verantwortung. Auch wenn EG-Regelungen noch nicht oder nur in eingeschränktem Maß zu erwarten sind: Die Verantwortung für den Handlungsbedarf für unser Land kann uns niemand abnehmen!

Wenn eine Technologie auf Dauer eine Chance haben soll, müssen sich wirtschaftliche Interessen an der Maßlatte von Auswirkungen auf den Menschen, auf die Natur, auf die Zukunft unserer Erde messen lassen. Wenn dies möglich ist, wird sich auch keine neue Spaltung von Ökonomie und Ökologie ergeben, die sonst bereits programmiert wäre. Und gerade diese Versöhnung ist eine große Chance für wirtschaftliche Entwicklung, dies haben wir in anderen Bereichen bereits (teilweise) gelernt.

Es darf weder Forschung noch Anwendung ohne Grenzen und um jeden Preis geben.

(-/13.1.1988/rs/ks)

\* \* \*



**Zimmermann betreibt Irreführung der Öffentlichkeit**

**Zu den Katastrophen- und Zivilschutz-Plänen des Bundesinnenministers**

**Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB**  
**Vorsitzender der Arbeitsgruppe Zivil- und Katastrophenschutz der SPD-Bundestagsfraktion und**  
**Professor Dr. Ulrich Gottstein**  
**Vorstandsmitglied der Sektion Bundesrepublik Deutschland der Internationalen Ärzte für die**  
**Verhütung des Atomkrieges e.V. (IPPNW)**

Die Pläne des Bundesministers des Innern, den Katastrophenschutz und den Zivilschutz unter dem Begriff Bevölkerungsschutz zusammenzuführen, sind eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit. Mit dieser Wortwahl versucht der Bundesinnenminister seine in breiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit scharf abgelehnten Maßnahmen für eine Verstärkung des Zivilschutzes (Maßnahmen für den Kriegsfall) zu verschleiern und zu unterlaufen.

Die IPPNW und die SPD-Bundestagsfraktion vertreten übereinstimmend die Auffassung, daß künftig bei gesetzgeberischen und anderen Maßnahmen unterschieden werden soll zwischen Bevölkerungsschutz im Frieden und Bevölkerungsschutz im Kriegsfall.

Die technischen Großunfälle von Tschernobyl und Sandoz Basel haben gezeigt, daß eine Verbesserung des Bevölkerungsschutzes im Frieden dringend erforderlich ist. Neben materiellen, organisatorischen und personellen Verbesserungen ist vor allem eine umfassende Information der Bevölkerung unverzichtbar.

Maßnahmen für einen verbesserten, effektiveren Bevölkerungsschutz für den Kriegsfall bergen dagegen die Gefahr, daß sie statt vertrauensbildend zu wirken, Mißtrauen schüren. Die IPPNW und die SPD-Bundestagsfraktion lehnen unter anderem auch deshalb die Pläne des Bundesministers des Innern für eine Schutzraumbaupflicht ab. Diese Pläne sind nicht dazu geeignet, den Prozeß der Entspannung und Abrüstung zu fördern, sondern vermitteln sowohl der deutschen Bevölkerung als auch den Staaten des Warschauer Pakts den Eindruck, als würde die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Führung eines Atomkrieges beziehungsweise eines Krieges mit anderen Massenvernichtungswaffen und sein Überleben für möglich halten.

Die IPPNW und die SPD-Bundestagsfraktion sind stattdessen der Auffassung, daß es bei einer militärischen Auseinandersetzung in Mitteleuropa keinen wirkungsvollen Schutz für die Zivilbevölkerung geben kann. Die Schutzraumbaupläne des Bundesinnenministers stellen deshalb eine gefährliche Illusion dar, der mit Entschiedenheit entgegenzutreten ist.

(-/13.1.1988/rs/ks)

\* \* \*

